

Thema des Monats

## Investitionen bleiben erforderlich

Die aktuelle Steuerschätzung korrigiert die Einnahmeerwartungen der Länder für dieses und die kommenden Jahre erneut nach unten. Bereits im Mai dieses Jahres hatte der Arbeitskreis Steuerschätzungen deutliche Mindereinnahmen prognostiziert. Diese Entwicklung setzt sich aufgrund der anhaltenden konjunkturellen Schwächephase fort. Als zusätzliche Belastung kommt für Niedersachsen hinzu, dass mit dieser Steuerschätzung erstmals die Ergebnisse des Zensus 2022 berücksichtigt wurden. Mit diesen hatte sich der relative Bevölkerungsanteil Niedersachsens von bisher 9,65 Prozent auf 9,6 Prozent reduziert, was zu jährlichen Mindereinnahmen im unteren dreistelligen Millionenbereich führt.

Unter Berücksichtigung des Kommunalen Finanzausgleichs ergeben sich für dieses Jahr rechnerisch Veränderungen gegenüber dem Haushalt 2024 in Höhe von rund -479 Millionen Euro. Für den Haushaltsplanentwurf 2025 muss mit -465 Millionen Euro und für die Planungsjahre 2026 mit -278 Millionen Euro, 2027 mit -383 Millionen Euro und 2028 mit -413 Millionen Euro kalkuliert werden. Der Landeshaushalt kann somit 2024 mit insgesamt rund 35,2 Milliarden Euro, 2025 mit 35,8 Mil-

liarden Euro, 2026 mit 37,1 Milliarden Euro, 2027 mit 37,8 Milliarden Euro und 2028 mit 38,6 Milliarden Euro an Steuereinnahmen rechnen.



Gerald Heere, Finanzminister

Finanzminister Gerald Heere: „Die Lage ist wie erwartet ernst, die aktuelle Schätzung schränkt die Handlungsspielräume für die kommenden Jahre weiter ein.“

Wir brauchen dringend wirksame Wachstumsimpulse für die Wirtschaft und müssen uns dafür auf allen Ebenen einsetzen. Wir werden deshalb die entsprechenden Initiativen des Bundes weiter positiv begleiten“, so Finanzminister Heere. Darüber hinaus besteht weiterhin der Bedarf einer investitionsfreundlichen Reform der Schuldenbremse. „Kommende Generationen werden die Investitionen, die jetzt ausbleiben, in den nächsten Jahrzehnten doppelt und dreifach bezahlen. Wir müssen deshalb dringend jenseits von ideologischen Debatten endlich über konkrete Änderungen an der Schuldenbremse sprechen.“

## Das geht runter wie Öl

### Jetzt mit HVO bis zu 90% CO<sub>2</sub> sparen!

Mehr Infos zu HVO und den Vorteilen für die BAUINDUSTRIE? Fordern Sie jetzt die Studie der Stiftung Bauindustrie Niedersachsen-Bremen und der VHV Stiftung Hannover an unter der E-Mail:

[stiftung@bauindustrie-nord.de](mailto:stiftung@bauindustrie-nord.de)



### INHALTSVERZEICHNIS

#### 1-2 Thema des Monats

Investitionen bleiben erforderlich  
Das geht runter wie Öl

#### 2 Kommentar

Wo bleibt der kulturelle Schwenk?  
Bauindustrie-Präsident fordert verlässliche Rahmenbedingungen

#### 3 Forum Nord

Bauindustrie-Präsident fordert verlässliche Rahmenbedingungen (Fortsetzung von S. 2)

#### 4 Forum Nord

Fachstudienreise nach Berlin



## WO BLEIBT DER KULTURELLE SCHWENK?

Ende September hat der Deutsche Bundestag das Bürokratieentlastungsgesetz IV (BEG IV) beschlossen. Die Wirtschaft soll dadurch jährlich um rund 944 Millionen Euro entlastet werden. Vorgesehen ist eine Senkung des bürokratischen Aufwands durch rund 60 Einzelmaßnahmen. So sollen zum Beispiel Formerfordernisse im Zivilrecht gesenkt und Aufbewahrungspflichten für Buchungsbelege im Handels- und Steuerrecht verkürzt werden.

Die Debatte im Bundestag machte deutlich, dass dies nur ein Anfang sein kann. In diese Richtung geht auch die Einschätzung von Tanja Gönner, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI): „Bürokratieabbau kann einen entscheidenden Beitrag zu mehr Wettbewerbsfähigkeit leisten. Die kleinteiligen Maßnahmen des BEG IV bringen jedoch kaum spürbare Entlastung.“

Trotz des wachsenden Handlungsdrucks herrsche seit Abschluss des Koalitionsvertrags vor drei Jahren politischer Stillstand auf diesem Feld. „Dabei belastet hohe – und weiterhin ständig wachsende – Bürokratie die Standortqualität im internationalen Wettbewerb und behindert Innovation, Transformation, Investition und Unternehmertum. Allein Informationspflichten nach nationalem Recht kosteten Unternehmen Anfang 2024 66,5 Milliarden Euro jährlich. Von daher wirken kleinteilige Maßnahmen wie einige gestrichene Schriftformerfordernisse und eine Reduktion der Aufbewahrungsfristen von zehn auf acht Jahre in der Praxis wie ein Tropfen auf einen inzwischen glühenden Stein. Von über 400 konkreten Entlastungsvorschlägen wurde nur ein Bruchteil umgesetzt.“

Die BDI-Chefin wünscht sich – wie viele andere auch – „einen kulturellen Schwenk, der grundsätzlich auf Entfesseln, Ermöglichen und Vertrauen setzt.“ Doch vorerst bleibt es vor allem beim Fesseln, Verhindern und Misstrauen.

## BAUINDUSTRIE-PRÄSIDENT fordert verlässliche Rahmenbedingungen

**Im Gespräch mit Prof. Dipl.-Ing. Bernd Afflerbach, Geschäftsführender Gesellschafter MATTHÄI Bauunternehmen GmbH & Co. KG, Verden, Präsident des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen**

### Wie beurteilen Sie die derzeitige baukonjunkturelle Lage?

Trotz schwacher Gesamtkonjunktur entwickeln sich die Auftragseingänge im Wirtschaftsbau positiv, der Absturz im Wohnungsbau geht jedoch ungebremst weiter. Dies als kurzes Fazit des ersten Halbjahres 2024.

Der marginale Anstieg im baugewerblichen Umsatz im ersten Halbjahr 2024 um 2,6 Prozent dürfte jedoch nach meiner Ansicht im Wesentlichen auf gestiegene Baupreise und ein gestiegenes Lohnniveau zurückzuführen sein. Wir befinden uns also insgesamt in einer sehr schwierigen Situation.

### Wie beurteilen Sie die Situation im Straßen- und Brückenbau in Niedersachsen?

Die Situation im Straßenbau in Niedersachsen ist von verschiedenen Faktoren geprägt, die sowohl Herausforderungen als auch Chancen mit sich bringen. Dies hat auch der diesjährige Straßenbautag in Braunschweig sehr gut aufgezeigt. Zum einen haben wir viele Straßen und Brücken in Niedersachsen, die in einem sanierungsbedürftigen Zustand sind. Es besteht erheblicher Bedarf an In-

vestitionen, um die Verkehrsinfrastruktur auf einem modernen und sicheren Niveau zu halten. Zum anderen haben wir das Finanzierungsthema. Es gibt zwar Mittel von Bund und Land, jedoch sind diese nicht ausreichend, um alle notwendigen Projekte zeitnah umzusetzen.



Prof. Dipl.-Ing. Bernd Afflerbach,  
Geschäftsführender Gesellschafter  
MATTHÄI Bauunternehmen  
GmbH & Co. KG

Insgesamt ist die Situation im Straßenbau in Niedersachsen komplex und erfordert eine koordinierte Anstrengung von Politik, Verwaltung und der Bauindustrie, um die Herausforderungen zu meistern und die Infrastruktur zukunftsfähig zu gestalten.

Allein in Niedersachsen sind 150 Brücken in sehr kritischem Zustand und müssen kurzfristig ersetzt werden. Nach Aussage der Landesregierung Niedersachsens sind zwei Drittel der Brücken für Lasten aus den 50er Jahren bemessen und deshalb „systematisch überlastet“.



## Was wünschen Sie sich von der Politik und wie ist der andauernden Investitionsbremse zu begegnen?

An unserer Verkehrsinfrastruktur, den Wohngebäuden oder an den öffentlichen Gebäuden dürfen wir nicht sparen. Wir brauchen einen anhaltenden Investitionshochlauf. Wir erwarten von der Haushalts- und Verkehrspolitik im Land, dass die Investitionen entsprechend der Preisentwicklung angepasst werden. Meiner Meinung nach darf deshalb nicht nur in jährlichen Investitionsbudgets gedacht werden. Es sollte z.B. eine konkrete Anzahl zu sanierender Brücken benannt oder auszubauender Streckenkilometer Straße zur Verfügung gestellt werden. Wir benötigen Planungs- und Investitionssicherheit für die Bauwirtschaft, damit diese mit den vorhandenen Kapazitäten und zukunftsweisenden Technologien und Verfahren die bauliche Umsetzung fortlaufend übernehmen kann.

Sinnvoll wäre zudem eine Öffnung der Arbeitszeit und des Arbeitsschutzgesetzes, damit das komplette Tageslicht beim Bau genutzt werden kann. Für Großprojekte wie z.B. den Bau neuer Stromtrassen sind tausende Schwertransporte notwendig. Wir brauchen unbedingt eine Vereinfachung der Verfahren zur Genehmigung der Schwerlasttransporte, um unnötige Verzögerungen zu vermeiden.

## Wie sieht es beim Leitungsbau aus?

Der Leitungsbau wird in den nächsten Jahren eine entscheidende Rolle spielen. Beim Thema Energiewende warten immense Herausforderungen an den Ausbau der Leitungsnetze, etwa für Wasserstoff, Ladeinfrastruktur oder Fernwärme. Daneben soll weiter Breitbandausbau betrieben werden und das vorhandene Netz Instand gehalten werden.

Bei der Energiewende sollten die politischen Entscheider beachten, dass qualifizierte Unternehmen zum Einsatz kommen. Anders als beim Breitbandausbau, bei dem sich Auftraggeber leider oft für wenig qualifizierte Firmen entscheiden, geht es bei der Verlegung und dem Anschluss von Gas-, Fernwärme- und Stromnetzen um Tätigkeiten, die nur von Fachunternehmen erledigt werden können.

Von großer Bedeutung ist auch die kommunale Wärmeplanung. Diese ist allerdings nur unverbindlich, sodass weder Qualität noch Quantität der Ortsnetze vorhergesagt werden können. Einerseits müssen die Versorgungsunternehmen verlässlich planen können, andererseits gilt dies auch für die Bauunternehmen, die Kapazitäten bereitstellen müssen.

## Es ist damit zu rechnen, dass Leitungsschäden bei Tiefbauarbeiten zunehmen werden. Wie bewerten Sie die Initiative Niedersachsens zur Einführung eines bundesweiten Leitungskatasters?

Die Schäden im Bereich des Tiefbaus werden in Zukunft leider wohl zunehmen. Wir fordern hier, die Betreiber der Netze verstärkt in die Pflicht zu nehmen, wenn diese nicht normgerechte Verlegeverfahren verwenden oder

keine ordnungsgemäße Dokumentation vorhalten. Zudem sollten Grundeigentümer gesetzlich dazu verpflichtet werden, Auskunft darüber zu geben, welche Netzbetreiber auf ihrem Grundstück Leitungen verlegt haben. Eine Unvollständigkeit einer

solchen Auskunft darf dann nicht zu Lasten des ausführenden Bauunternehmens gehen. Für die Qualität von Leitungsauskünften sollten verbindliche Anforderungen gelten. Die Initiative von Minister Olaf Lies zur Einführung eines bundesweiten Leitungskatasters begrüße ich vor diesem Hintergrund ausdrücklich. Wir müssen alles tun, um unsere vorhandene Infrastruktur zu schützen.



Prof. Dipl.-Ing. Bernd Afflerbach,  
Geschäftsführender Gesellschafter  
MATTHÄI Bauunternehmen  
GmbH & Co. KG

## Um die Klimaschutzziele zu erreichen ist eine Umstellung der Energieerzeugung auf regenerative Quellen erforderlich, die in Deutschland bereits seit einigen Jahren in vollem Gange ist. Eine erfolgreiche Umsetzung ist nur mit erheblichen Bauinvestitionen möglich. Wo sehen Sie die größten Potenziale für die Bauindustrie in den nächsten Jahren bzw. Jahrzehnten?

Die Energiewende löst Bauaufgaben in allen Bereichen und nicht etwa nur im Wohnungsbau aus. Ich möchte hier beispielhaft zwei Bereiche herausgreifen, die in der öffentlichen Diskussion weniger im Fokus stehen, aber von großer Bedeutung für das Thema Energiewende sind.

Das Rückgrat der Energiewende sind die Verteilnetze. Der wachsende Anteil an erneuerbaren Energien stellt das Netz vor große Herausforderungen. Die Stromerzeugung hat sich in Deutschland bereits räumlich stark verlagert, wodurch zusätzliche Übertragungs- und Verteilungskapazitäten notwendig werden.

Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien werden Stromerzeugung und -verbrauch auch in Zukunft immer mehr auseinanderfallen. Um den größer werdenden Anteil erneuerbaren Energien in das System integrieren zu können, muss die Netzinfrastruktur daher auf allen Spannungsebenen angepasst werden. Dieses Ziel lässt sich nur mit erheblichen Bauinvestitionen in die Verteilnetze erreichen.

Niedersachsen produziert mit einer installierten Leistung von 12,54 Gigawatt mehr Strom aus Onshore-Windenergie als jedes andere Bundesland in Deutschland. Um bis 2040 klimaneutral zu werden, ist aber der weitere schnelle Ausbau der Windenergie erforderlich. Dies geht aber nur mit einer intakten Straßenverkehrsinfrastruktur, da Bauteile und Material auf die Baustellen kommen müssen. Insbesondere marode Brücken gefährden indes die Energiewende.

## FACHSTUDIENREISE NACH BERLIN

Vom 12. bis 15. September 2024 führte die diesjährige Verbandsreise nach Berlin. Die Reisegruppe aus langjährigen und neuen Teilnehmern konnte sich auf ereignisreiche Tage mit vielen Höhepunkten freuen.

Besonders hervorzuheben ist die exklusive Führung durch das von Rem Koolhaas (OMA) entworfene Gebäude des Axel Springer Campus, der für die Öffentlichkeit normalerweise nicht zugänglich ist. Dank exzellenter Kontakte des bauindustriellen Netzwerks war aber doch eine Hausführung mit Besuch des Studios von Welt TV sowie der legendären Dachterrasse möglich. Das 2020 eröffnete futuristische Medienzentrum wird wegen seiner vorgehängten schwarzen Glasfassade auch gerne als „Schwarzer Diamant“ bezeichnet.



Praktische Einblicke in den Holzhybridbau gab Thomas Perkowski, technischer Niederlassungsleiter der ZECH Bau SE Berlin beim Besuch der Baustelle „M40“ (Gruppenfoto). Das achtgeschossige Büro- und Geschäftshaus am hallischen Ufer wird der „natürliche“ Star des Entwicklungsprojekts „Die Macherei Berlin-Kreuzberg“ genannt. Während Untergeschoss sowie Erdgeschoss in klassischer Ort betonweise in 18 Monaten Bauzeit errichtet wurden, sind die Geschosse 1 bis 7 lediglich in sechs Monaten in der Holzhybridmodulbauweise entstanden. Damit sind 29.000 Quadratmeter BGF oberirdisch und 6.100 Quadratmeter unterirdisch realisiert worden.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Tilmann Kuban hat uns nicht nur eine Führung durch den Reichstag mit Besuch der Kuppel ermöglicht, sondern stellte sich der Diskussion aktueller und insbesondere baupolitischer Themen im Hauptstadtbüro von ewe.

Neben Quartiersbesichtigungen wie dem Hansa-Viertel, einem Musterbeispiel für moderne Architektur und Stadtplanung aus den 50er Jahren, sowie der Wohnstadt Karl Legien, einer Siedlung der Berliner Moderne aus den 20er Jahren als Gegenentwurf zum Mietskasernen-Elend der Berliner Arbeiterfamilien, stand natürlich auch das Regierungsviertel, eine Spreefahrt zum ehemaligen Osthafen, die historische Mitte sowie die Museumsinseln auf dem Reiseprogramm.



### IMPRESSUM

Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen e. V.  
Eichstraße 19 | 30161 Hannover  
T +49 511 34834-0 | E info@bauindustrie-nord.de

oeding print GmbH  
Erzberg 45 | 38126 Braunschweig  
T +49 531 48 015-0 | E info@oeding-print.de

Verantwortlich: Jan Hetebrügge  
Nachdruck, auch auszugsweise gestattet.  
Quellenangabe und Belegexemplare erbeten.